

Ein Wirtschaftspotenzial liegt brach

In Liechtenstein sind deutlich weniger Frauen erwerbstätig als in der Schweiz. Die Stiftung Zukunft.li ging der Frage nach, woran das liegt.

Dorothea Alber

Die Frauenerwerbsquote ist hierzulande tiefer als in der Schweiz. «Mit 9,3 Prozent ist es doch ein markanter Unterschied», sagte Thomas Lorenz als Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li gestern vor den Medien. Wenn es noch Potenzial an Arbeitskräften im Inland gebe, dann ist dieses laut Lorenz «weiblich». Zwar steigt die Quote der berufstätigen Frauen seit dem Jahr 2011 kontinuierlich – aber nur sehr langsam – an. «Waren es damals 66, so liegen wir heute bei 69 Prozent – auch wenn sich die Zahlen nicht direkt miteinander vergleichen lassen, da es eine Umstellung bei der Datenerhebung gab.»

Bis zu 700 Vollzeitstellen in Liechtenstein

In seiner neusten Publikation geht Zukunft.li der Frage nach, ob es objektive Gründe für das stärkere Fernbleiben der Frauen vom Arbeitsmarkt gibt und welche volkswirtschaftlichen Konsequenzen daraus resultieren. Die unterschiedlichen Erwerbsverläufe zwischen den Geschlechtern zeigen sich in Liechtenstein ab dem Alter von 30, dies auch unabhängig vom Ausbildungsniveau. Während die Erwerbstätigkeit der Männer auch dann noch ansteigt, knickt die Verlaufskurve bei den Frauen ab und bleibt bis zum Pensionsalter deutlich unter derjenigen der Männer. Frauen



Der Wunsch, die Kinder möglichst selbst betreuen zu können, ist im Land sehr ausgeprägt. Bild: Keystone

steigen entweder aus dem Erwerbsleben aus oder reduzieren ihr Pensum. Nur zehn Prozent der Frauen, deren jüngstes Kind jünger als sechs Jahre alt ist, arbeiten in Vollzeit und über 30 Prozent sind überhaupt nicht berufstätig. Zukunft.li hat eine Potenzialschätzung angestellt, nach der rund 600 bis 700 Voll-

zeitstellen in Liechtenstein besetzt werden könnten, wenn die Frauen in Liechtenstein im gleichen Ausmass erwerbstätig wären wie jene in der Schweiz.

Doch woran liegt es, dass Frauen in Liechtenstein seltener berufstätig sind? Fremdbetreuungskosten und zusätzliche Steuerbelastung reduzieren

den ökonomischen Anreiz für Erwerbstätigkeit. «Dieser Aspekt dürfte in Liechtenstein allerdings eine untergeordnete Rolle spielen», sagt Lorenz.

Der Betreuungswunsch dominiert

Stärker wiegt der Wunsch, die Kinder möglichst selbst betreu-

en zu können, wie eine Studie aus dem Jahr 2018 zeigt. «Keine einzige Frau gab in der Befragung als Grund an, dass es keine freien Kita-Plätze gibt», sagt der Geschäftsführer der Denkfabrik. Hier dominiert also der Wunsch, die eigenen Kinder selbst zu betreuen. Damit zeigt sich laut Lorenz, dass ein traditionelles Rollenbild in Liechtenstein gelebt wird und sich in diesen Zahlen widerspiegelt. Aus liberaler Perspektive muss es laut Stiftung Zukunft.li auch eine individuelle Entscheidung bleiben, wie sich Eltern hierzulande in Bezug auf Arbeit und Kinderbetreuung organisieren. «Gleichwohl nimmt das die Politik nicht aus der Verantwortung, um für zukunfts-trächtige Rahmenbedingungen zu sorgen», sagt Lorenz.

«Familienpolitik liberal umsetzen»

Mittlerweile liege ein umfangreicher Bericht der Kommission für Familienfragen vor, der viele Massnahmen aufzeigt. «Ganz entscheidend wird sein, dass Liechtenstein bis August 2022 die Work-Life-Balance-Richtlinie der EU umsetzen muss». Ein zentrales Element sei ein viermonatiger bezahlter Elternurlaub. Lorenz sieht darin eine grosse Chance, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen auf diese Weise gefördert werden und gleichzeitig ausgewogene Arbeitsmarktchancen entstehen können. Den positiven Aspekten von

ausgewogenen Arbeitsmarktchancen der Geschlechter stehen potenziell zu starke Arbeitsmarktengriffe gegenüber. «Die Politik ist gefordert, das Optimum zu finden, bei dem möglichst hoher volkswirtschaftlicher Nutzen resultiert».

Von volkswirtschaftlicher Bedeutung

Die Erwerbsquote von Frauen ist von volkswirtschaftlicher Bedeutung, vor allem vor diesem Hintergrund: Mehr Arbeitsplätze als Einwohnerinnen und Einwohner – das ist eine Besonderheit der Volkswirtschaft des Kleinstaats Liechtenstein. Das Arbeitsplatzwachstum setzt sich seit Jahren fast ungebremst fort. Ob und wie stark die Covid-19-Krise diese Entwicklung beeinflussen wird, ist heute nicht abzuschätzen. Jedenfalls übersteigt bis heute die Nachfrage nach Arbeitskräften das inländische Angebot bei Weitem.

Viele Unternehmen und Branchen sind mit einem Fachkräftemangel konfrontiert. «Aus volkswirtschaftlicher Sicht wäre es daher sinnvoll, das inländische Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen», sagt Lorenz. Denn eine höhere Erwerbsquote bei gleicher Gesamtbeschäftigung führt zu einem höheren Bruttonational-einkommen (BNE), welches als Mass für den inländischen Wohlstand gilt. Damit steigt auch das Steuersubstrat an.

Rückhalt für gleichgeschlechtliche Paare

Die Wahlumfrage des Liechtenstein-Instituts zeigt: Die Mehrheit der Befragten vertritt eine andere Meinung als Fürst Hans-Adam II.

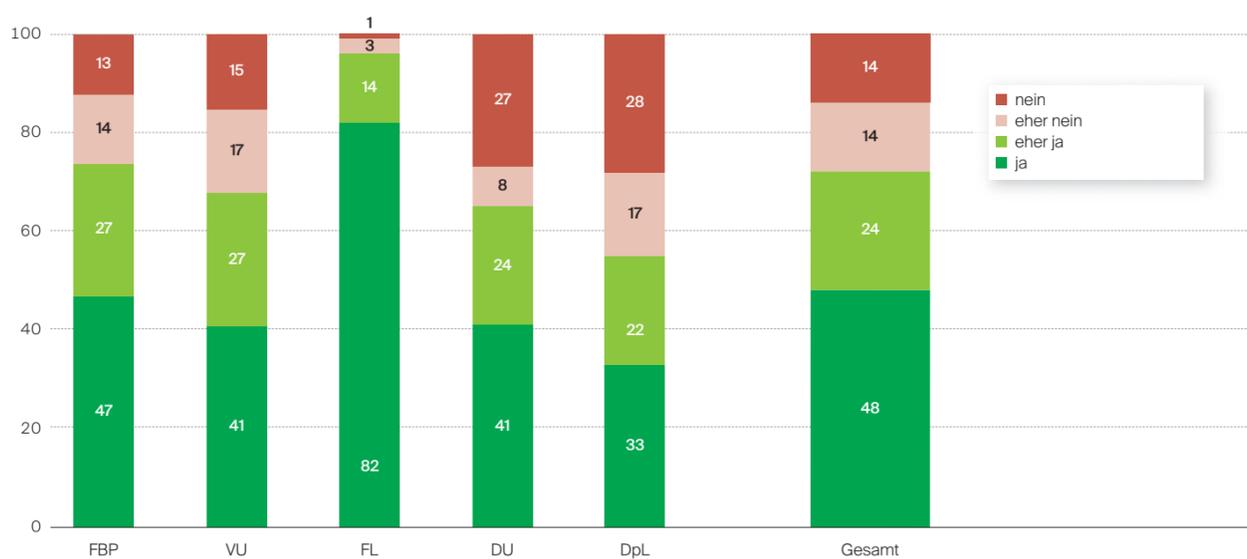
Desirée Vogt

«Ich hätte grundsätzlich nichts dagegen, solange homosexuellen Ehen nicht das Recht gegeben wird, Kinder zu adoptieren. Wenn Homosexuelle Knaben adoptieren, ist das nicht unproblematisch. Das weibliche Element bei der Erziehung ist sehr wichtig.» Diese Aussage stammt von Fürst Hans-Adam II. im Rahmen seines Geburtstagsinterviews mit Radio L zum Thema «Ehe für alle». Nun zeigt das Liechtenstein-Institut in seiner vierten Tranche der Wahlumfrage auf: Nicht nur die Mehrheit der Landtagsabgeordneten, sondern auch der Grössteil der Bevölkerung sieht das anders.

Politik und Wähler sind sich hier einig

Die Umfrageergebnisse sprechen eine klare Sprache: Insgesamt sprechen sich mit 48 Prozent beinahe die Hälfte der befragten Wählerinnen und Wähler dezidiert für gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare aus. Etwa ein Viertel der Befragten (24 Prozent) spricht sich zudem eher für gleiche Rechte aus. Starken Rückhalt finden gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare insbesondere

Frage: Sollen gleichgeschlechtliche Paare in allen Bereichen die gleichen Rechte wie heterosexuelle haben?



Quelle: Liechtenstein-Institut, vorläufige Ergebnisse, Grafik: Stefan Aebi

in der Wählerschaft der Freien Liste. Insgesamt 96 Prozent der Befragten sprechen sich sehr oder eher dafür aus. Auch in den anderen vier Parteien sprechen sich Mehrheiten der Befragten sehr oder eher für gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare aus. Die Zustimmung schwankt zwischen 55 Prozent unter den DpL- und 74 Prozent unter den

FBP-Wählenden. Am grössten ist die Skepsis innerhalb der Wählerschaften von DU und DpL, wo sich 27 respektive 28 Prozent der Befragten dezidiert dagegen äussern.

Damit spiegeln die Umfrageteilnehmer jenes Bild wieder, das sich bereits Mitte Februar im Rahmen einer Umfrage bei ehemaligen und wiedergewählten

Landtagsabgeordneten gezeigt hatte. Abgesehen von DpL-Präsident Thomas Rehak wollen sie sich grundsätzlich für eine Anpassung des liechtensteinischen Adoptionsrechtes einsetzen. Die Aussagen des Landesfürsten, dass er sich vorstellen kann, dass der Erbprinz bei diesem Thema vermutlich sein Veto einlegen werde, haben auf

sie keinen Einfluss. Ob sich diese Aussage auf das Stimmvolk auswirkt, wird sich erst im Falle einer Abstimmung zeigen.

«Ich glaube nicht, dass es Diskrepanzen gibt»

Führen die unterschiedlichen Auffassungen nun zu Unstimmigkeiten zwischen dem Fürstentum und dem Landtag bzw.

dem Volk? Daran glaubt zumindest Fürst Hans-Adam II. nicht, wie sich einem Interview zwischen der jungen FBP und dem Staatsoberhaupt, veröffentlicht am vergangenen Donnerstag im «Volksblatt», entnehmen lässt. Darin sagte der Fürst: «Ich glaube nicht, dass es diesbezüglich zwischen dem Volk und mir Diskrepanzen gibt. Umfragen sind mit Vorsicht zu geniessen, wie die Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt haben. Es gab Umfragen, die gezeigt haben, dass das Volk gegen einen UNO-Beitritt, eine Mitgliedschaft im EWR, eine Verfassungsrevision usw. ist, und die Abstimmungen haben jeweils ein anderes Resultat gezeigt.»

Auch äusserte er in diesem Interview sein Bedauern darüber, «dass man mir eine Diskriminierung gegen Homosexuelle unterstellt hat, ohne diesen Vorwurf näher zu begründen». Eine Diskriminierung sei nicht seine Absicht gewesen, sondern ihm sei es um das Kindeswohl gegangen. Fürst Hans-Adam II. stellte klar: «Eigentlich hätte man dies auch schon von meiner Aussage ableiten können, wonach ich nichts gegen eine gleichgeschlechtliche Ehe habe, solange eine Fremdkind-Adoption nicht zulässig ist.»